

# Laibacher Zeitung.



Nr. 104.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 fr. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Samstag, 6. Mai.

Insertionsgebühr: Für kleine Inserate drei 3 4 Zeilen 20 Kr., größerer pr. Zeile 6 Kr.; bei öfteren Wiederholungen pr. Zeile 3 Kr.

1876.

## Ämtlicher Theil.

Gesetz vom 11. April 1876,\*

betreffend die Beitragsleistung der Actiengesellschaften und Creditvereine zum wiener Börsenfonds.

Mit Zustimmung der beiden Häuser des Reichsrathes finde Ich zu verordnen, wie folgt:

§ 1.

Die Börsekammer in Wien ist ermächtigt, von jenen Actiengesellschaften und Creditvereinen, deren Actien, Antheilscheine, Obligationen oder Pfandbriefe im ämtlichen Coursblatte der wiener Börse notiert werden, einen jährlichen Beitrag zum wiener Börsenfonds einzubringen, und zwar:

Von Bankgesellschaften, Creditvereinen und Industrie-Unternehmungen  $\frac{1}{10}$  per Mille, Transport-Unternehmungen  $\frac{1}{20}$  per Mille des Betrages der von dem Beitragspflichtigen ausgegebenen und in diesem Coursblatte notierten Effecten; im einzelnen Falle jedoch nicht über 10,000 fl.

Dieser Beitrag ist vom Nominalbetrage der Effecten in Gulden österreichischer Währung ohne Rücksicht auf die Valuta zu berechnen.

Die entfallenden Beträge sind in halbjährigen Terminen, und zwar am 1. Juli und 1. Jänner eines jeden Jahres an die Klasse der Börsekammer zu entrichten. Wenn der gebührende Betrag vier Wochen nach dem Fälligkeitstermine nicht eingezahlt sein sollte, so hat die Notierung der von der säumigen Gesellschaft emittierten Effecten im ämtlichen Coursblatte zu entfallen.

§ 2.

Jeder mit Hilfe dieses Beitrages etwa erzielte Ueberschuß in der Jahresrechnung des Börsenfonds ist zur außerordentlichen Tilgung des für den Bau der wiener Centralbörse aufgenommenen Anlehens von fünf Millionen Gulden zu verwenden.

Uebersteigt ein solcher Ueberschuß vom Jahre 1882 angefangen durch fünf auf einander folgende Jahre den Betrag von jährlichen 30,000 fl., so hat der Finanzminister nach Anhörung der Börsekammer eine entsprechende Herabsetzung des im § 1 bestimmten Beitrages eintreten zu lassen.

§ 3.

Insolange der Beitrag zum Börsenfonds (§ 1) überhaupt in Anspruch genommen wird, darf die an der

\* Enthaltend in dem am 4. Mai 1876 ausgegebenen XVIII. Stücke des R. G. Bl. unter Nr. 62.

wiener Börse bestehende Eintrittsgebühr ohne Zustimmung des Finanzministers nicht unter das für das Jahr 1876 bestimmte Ausmaß herabgesetzt werden.

§ 4.

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Kundmachung in Wirksamkeit.

Mit der Durchführung desselben ist der Finanzminister betraut.

Wien am 11. April 1876.

Franz Joseph m. p.

Auersperg m. p.

Pretis m. p.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchst unterzeichnetem Diplome dem pensionierten k. k. Major des Armeestandes Joseph Geis als Ritter des Ordens der eisernen Krone dritter Klasse in Gemäßheit der Ordensstatuten den Ritterstand allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliebung vom 29. April d. J. dem gewesenen außerordentlichen Professor der allgemeinen technischen Chemie am polytechnischen Institute in Wien Joseph Freiherrn von Pasqualati-Osterberg in Anerkennung seines verdienstlichen Wirkens das Ritterkreuz des Franz Joseph-Ordens allergnädigst zu verleihen geruht.

Der Justizminister hat den Bezirksgerichtsadjuncten Peter Rozzo in Pirano zum Bezirksrichter in Pinquente ernannt.

Der Minister für Cultus und Unterricht hat den Conceptspracticanten der niederösterreichischen Statthalterei Karl Freiherrn von Jacobi d'Elholm zum Ministerialconcipisten im Ministerium für Cultus und Unterricht ernannt.

Am 4. Mai 1876 wurde in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei in Wien das XVIII. Stück des Reichsgesetzblattes, vorläufig bloß in der deutschen Ausgabe, ausgegeben und versendet.

Dasselbe enthält unter Nr. 62 das Gesetz vom 11. April 1876, betreffend die Beitragsleistung der Actiengesellschaften und Creditvereine zum wiener Börsenfonds;

Nr. 63 das Gesetz vom 17. April 1876, betreffend die theilweise Ergänzung und Abänderung des wegen Leistung eines Staatsvorschusses zum Zwecke der Durchführung des Eisenbahnprojectes Pilsen-Klattau-Eisenstein abgeschlossenen Ueber-eirkommens vom 23. April 1874 (R. G. B. Nr. 52).  
(Wr. Ztg. Nr. 102 vom 4. Mai.)

## Nichtamtlicher Theil.

### Journalstimmen.

Das Hauptereignis des Tages — der Abschluß der Ausgleichsverhandlungen, welchen die „Politische Correspondenz“ zu melden in der Lage war, wird von den Journalen als Beendigung einer schmerzlich empfundenen kritischen Situation allgemein mit Befriedigung begrüßt und seiner eminenten Tragweite nach gewürdigt.

Das „Fremdenblatt“ schreibt: Wir werden des 2. Mai allezeit mit Pietät als des Tages zu gedenken haben, der einem peinlichen Zerwürfnis ein Ende gemacht, der Monarchie der Habsburger den inneren Frieden, nach menschlicher Voraussicht, auf eine Reihe von Jahren wiedergegeben und dadurch ihre Weltstellung auf den alten Grundlagen neu gefestigt hat.

Die Presse charakterisiert die getroffenen Vereinbarungen im wesentlichen als eine Erneuerung des status quo. Allerdings bergen die veränderten Zollsätze ein gut Theil der gegenseitig gemachten Zugeständnisse. Die österreichische Industrie hat durch dieselben ein großes Absatzgebiet im Innern gesichert erhalten, während durch die Erhöhung gewisser fiscalischer Zölle für den ungarischen Staatschatz unlegbar ein materieller Vortheil erwächst, der als Entgelt für das Fallentlassen des Präcipuums angesehen werden mag. Dafür ist nicht nur die Einheit des wirtschaftlichen Gebietes, sondern auch die Einheit der Währung gerettet und damit die größte Gefahr, welche unserem wirtschaftlichen Leben drohen konnte, glücklicherweise beschworen.

Die Neue freie Presse betrachtet den Ausgleich im allgemeinen als einen für den Augenblick unlegbar sehr werthvollen Gewinn. Sie beklagt es, daß nichts geschehen, um die Erneuerung der jetzt beseitigten Gefahr für eine längere Zukunft hintanzuhalten, verkennt indes nicht, wie schwer es ist, bei Gegensätzen wie diejenigen, welche zu vereinen waren, für die Zukunft zu sorgen.

Die Tagespreise beleuchtet den Umfang und die Tragweite der bewältigten Arbeiten und begrüßt freudig den Erfolg derselben, der für die Gegenwart wie für die Zukunft gleich groß sei. Das Blatt fordert auf, dies wie jene der Leitha in innig-dankbarer Verehrung des Monarchen zu gedenken, dem der Löwenantheil an dem Erfolge des Tages gebührt.

Die Vorstadt-Zeitung findet das stärkste Argument für den Ausgleich darin, daß ohne denselben

## Feuilleton.

### Die Pfahlbauten von Oesterreich.

Von Freiherrn v. Sacken.

(Fortsetzung.)

Mit verdoppeltem Eifer wurden nun die Seeufer besahren, der Wolfgang- und Traunsee ebenfalls untersucht; das Resultat war in letzterem ein sehr ergiebiges. Im Attersee fanden Graf Wurmbbrand und der Schweizer Fischer Hansli Kopp außer der schon erwähnten Pfahlbaustation bei Seewalchen noch fünf weitere: bei Kammer, Attersee, Aufham, Weheregg, Puschacher (gegen Steinbach), im gmündner See, der wegen der Erhöhung seines Spiegels und der vielen steil abfallenden Uferstellen weniger Ausbeute verspricht, ebenfalls eine, nahe bei Gmunden, am Ausflusse der Traun. Am Wolfgangsee gelangte man bisher zu keinem Ergebnisse, was vielleicht seinen Grund darin hat, daß der See gegen die frühere Zeit, in der das Biergel und der Rauchriegel Inseln waren, so bedeutend zurückgegangen ist, daß die Reste der wahrscheinlich vorhanden gewesenen Seeböden jetzt ziemlich weit im Lande zu suchen wären, wo aber der Torfboden die Untersuchung sehr erschwert.

Dagegen entdeckte Dr. M. Much im Jahre 1872 im Mondsee, unmittelbar beim Gasthause „See“, in der Bucht, aus der die Ache abfließt, gerade beim Landungsplatze des Dampfschiffes einen ebenso ausgedehnten, als an Artefacten ergiebigen Pfahlbau. Auch bei Scharfing bestand ein solcher, dessen Untersuchung jedoch wegen des vielen Gerölles sehr schwierig ist. Im Reuttschach-See, Kärnten, haben sich ziemlich sichere Spuren gefunden, ebenso im Neufiedler See bei Zinkendorf, wo allerdings noch nicht die Pfähle selbst aufgefunden wurden, wol aber an den nun trocken liegenden Stellen die ganz ähnlichen Artefacten wie in den Pfahlbauten, welche

auf den ehemaligen Bestand von Seewohnungen schließen lassen.

Endlich führte ein glücklicher Zufall zur Entdeckung eines Pfahlbaues bei Brunnorf im laibacher Moore, der unzweifelhaft in alter, vorrömischer Zeit ein See war, der allmählig vertorfte. Beim Ausheben des Grabens an der Laibach-Sonnegger Straße stieß der Grundbesitzer Peruzzi auf die Pfähle und die massenhaft Knochen, Werkzeuge und Töpfe enthaltende Kulturschicht zwischen denselben. Unter der Leitung des Museal-Custos Deschmann wurde der Pfahlbau durch systematische Nachgrabung in seinem ganzen Umfange durchforscht und ergab eine über alle Erwartung reiche Ausbeute.

Die Verhältnisse erweisen sich an allen den erwähnten Stationen ziemlich gleich und ähnlich den Seen der Ost-Schweiz. Sie ergeben ein merkwürdiges Kulturbild. Auf den Pfählen, die zu tausenden in einer Entfernung von 40 bis 180 Metern vom Ufer eingerammt wurden, erbaute sich ein Theil der alten Bevölkerung, besonders Fischer, denn auch auf dem Lande finden sich die Spuren gleichzeitiger Ansiedlungen — ihre einfachen Hütten. Wir kennen einigermaßen ihre Lebensweise. Die umliegenden Wälder und Gebirge lieferten reiche Jagdausbeute, besonders herrliche Hirsche und gewaltige Wildschweine, die Seen selbst prachtvolle Fische. Aber die Pfahlbaubewohner züchteten auch Haustiere: das Rind, das Schwein, die Ziege, das Schaf, und auch der treue Begleiter des Menschen in allen Himmelsstrichen und zu allen Zeiten, der Hund, fehlte nicht. Die Knochen aller dieser Thiere fanden sich in der Kulturgeschichte zwischen den vermorsten Pfahlresten in großer Menge vor, und zwar die Röhrenknochen der Länge nach gespalten, was der Gewinnung des Markes wegen geschah. Haselnüsse, wilde Aepfel, Kornelkirschen und Himbeeren gaben den Nachtisch.

Ob die Pfahlbauern auch Ackerbau betrieben, läßt sich nicht mit Bestimmtheit sagen, denn bei uns sind bisher weder Getreide, noch Hanffabrikate vorgekommen,

wie in mehreren schweizerischen Pfahlbauten, wo beides im verkohlten Zustande häufig zu finden ist. Da aber unsere Seeböden nicht wie jene durch Feuer zugrunde gingen, sondern einfach verlassen wurden, so konnten sich auch weder Cerealien, noch Hanfschnüre und Geflechte erhalten, weil sie, unverkohlt, im Wasser zugrunde gehen mußten. Der in allem übrigen völlig gleiche Kulturstand hier und dort läßt aber mit Grund vermuthen, daß auch die alten Oberösterreicher und Krainer sich so gut wie die Schweizer auf die Bearbeitung des Bodens verstanden.

Die gefundenen Waffen und Werkzeuge bestehen aus Stein und Knochen. Aus Serpentin und Sandstein verfertigten sich die alten Ansiedler Äxte und Hämmer; die Schleifsteine, auf denen erstere zugeschliffen wurden, sind auch gefunden worden. Die Stiellöcher der Hämmer und Schlägel bohrte man, wie angestellte Versuche dargethan haben, mit der Spitze eines Hornes und nassem Sand. Die sehr harten, oft aus weiter Ferne herbeigebrachten Feuersteine und Hornsteine verwendete man zu Lanzen- und Pfeilspitzen, Messern und durch Absplittung der Schneide von solchen zu kleinen Sägen. Zum Theile noch unfertige Stücke, massenhafte Splitter und Abfälle liefern den Beweis der Fabrication der Steinwerkzeuge an Ort und Stelle. Hammerbeile, aus dem unteren Theile von Hirschgeweihen gefertigt, kamen besonders im laibacher Moore in großer Anzahl (über 150 in allen Stadien der Zurichtung und der Abnützung) vor. Sonst lieferten die Knochen des Hirsches und anderer Thiere durch Zuspitzen oder Schleifen eines Splitters verschiedene spitze und spatelartige Werkzeuge, die zu verschiedenen Zwecken ganz gut verwendbar waren: zur Verfertigung der Kleider, — die wol meist aus Fellen bestanden und, wenn nicht mit Hanfschnüren, doch mit Thiersehnen und Bastchnüren genäht waren (auch ganz feine Nähnadeln kommen vor) — bei der Herstellung von Thongefäßen u. s. w.

(Schluß folgt.)

sichstimmte Verwicklungen unvermeidlich wären, und daß die erste auswärtige Lage das Ruhen innerer Kämpfe gebieterisch fordert.

Das Neue wiener Tagblatt erachtet, bei näherer Betrachtung bedeute der Ausgleich nichts anderes, als daß Fragen von tief einschneidender Bedeutung auf die Zeit von zehn Jahren vertagt wurden.

## Deutschland.

Es ist anzunehmen — schreibt der Berichtstatter der „Pol. Corr.“ aus Berlin den 1. d. M. — daß der heftige Minister-Präsident Hofmann im Laufe des Monats seine Geschäfte in Darmstadt erledigt haben wird, so daß er am 1. Juni in Berlin eintreffen kann, um sich vom Minister Delbrück die Geschäfte des Reichskanzleramtes übertragen zu lassen. Was die Eisenbahnfrage anlangt, so finden jetzt in den Fractionen des Herrenhauses Vorbesprechungen statt. Es ist nicht zu zweifeln, daß sich für Ertheilung der durch die Gesetzesvorlage geforderten Bevollmächtigung für das Ministerium zur Unterhandlung mit dem Reiche eine entsprechende Majorität herausstellen wird.

Für den bevorstehenden kurzen Aufenthalt des Kaisers von Rußland in Berlin werden besondere Festlichkeiten nicht vorbereitet. Bei den intimen persönlichen Beziehungen der beiden verwandten Monarchen will man die kurze Spanne des Zusammenseins nicht durch größere offizielle Arrangements beeinträchtigen. Eine Revue über die Garnison wird bei dem militärischen Interesse des Kaisers Alexander natürlich stattfinden. Wie es heißt, wird Fürst Gortschakoff nach der Abreise seines Monarchen noch kurze Zeit hier verbleiben.

Die Lebhaftigkeit, mit der man in wiener Blättern sich gegen die Normen wendet, welche das deutsche Reichsbank-Directorium für die Beleihung von Papieren erlassen hat und in welchen allerdings die österreichischen Papiere aus dem Geschäftskreise der Bank gelassen sind, hat hier naturgemäß die größte Aufmerksamkeit gefunden. Es ist als vollständig unrichtig und tendenziös zu bezeichnen, wenn die Nichtkombardierung österreichischer Papiere als eine Maßregel charakterisiert wird, welche einer gegen Oesterreich gerichteten Tendenz entsprungen wäre. Die deutsche Bank ist in ihrer Geschäftsgebarung zunächst der Nachfolger der bisherigen preussischen Bank und hat aus dem Geschäftsgebrauch dieser auch ihre Geschäftsnormen entnommen. Oesterreichische Papiere sind nun ebensowenig wie französische, englische oder italienische als solche angesehen worden, auf welche sich das Lombardgeschäft der Bank zu erstrecken hat. Es handelt sich also um nichts Neues. Bei dieser Gelegenheit ist auch zu erwähnen, daß die an den Geschäften der Bank hauptbetheiligten Privaten mit diesen Normen nichts zu thun haben und daß es dem entsprechend als eine besonders tendenziöse Behauptung anzusehen ist, wenn man den großbritannischen Generalconsul von Bleichröder, Chef des Hauses S. Bleichröder, irgendwie mit dieser Angelegenheit in Verbindung bringt. Der Vorgenannte hat bei den verschiedensten Gelegenheiten schon vermöge seiner Theilnahme an den österreichischen und ungarischen Anleihen für die österreichischen Handels- und Finanzverhältnisse Partei genommen, und ist es auch gerade sein Haus gewesen, welches den Baissebestrebungen in österreichischen Papieren durch jederzeit bereitete Beleihung und Reportierung in den letzten beiden Monaten entgegengetreten ist. Die hiesige Börse hat übrigens im allgemeinen einen weit beruhigteren Charakter, und sind in den letzten Tagen nicht unerhebliche Posten österreichischer Renten und Lose zu Kapitalanlagen aus dem Markte genommen worden.

## Die Reichseisenbahnfrage im preussischen Landtage.

Mit 41 Stimmen Mehrheit hat der preussische Landtag in seiner Samstagssitzung das Gesetz, betreffend die Uebertragung der Eigenthums- und sonstigen Rechte des Staates betreffs der Bahnen auf das deutsche Reich in zweiter Lesung angenommen. Die Debatte, welche der Beschlußfassung voranging, war sehr instructiver Natur und zog namentlich den Irrthum der Ansicht aus Tageslicht, das Bismarck'sche Reichsbahnproject sei darauf angelegt, auch sämtliche Privatbahnen an das Reich zu übertragen und den Privat-Eisenbahnbau für alle Zukunft unmöglich zu machen.

So erklärte Minister Achenbach: „Der Abgeordnete Richter hat gegen die Vorlage angeführt, daß sie das ausschließliche Staatsbahnsystem als Princip aufstelle; das steht aber in der Vorlage nicht. Wir haben zwar das Bedürfnis, unser Staatsbahnnetz auszudehnen und zu consolidieren, keineswegs aber alle Privatbahnen für den Staat oder das Reich zu erwerben. Die Lösung dieser Frage überlassen wir der künftigen Gesetzgebung und den kommenden Generationen.“ Und Minister Camphausen bemerkte: „Ich bin weit entfernt, indem ich die vollen Vorzüge des Staatsbahnsystems anerkenne, auf der andern Seite die Vorzüge, welche Privatbahnen sich erwerben können, einen Augenblick lang mißachten zu wollen. Sehen Sie sich nur im Land um, Sie werden eine große Anzahl von Privatbahnen finden, mit deren Verwaltung man vielleicht wenig zufrieden ist, ich lasse das hingestellt — Sie werden aber

andererseits Verwaltungen finden, wo sie vor der großen Intelligenz, welche die Privatleute der Sache zugewendet haben, allen Respect empfinden müssen, und ich würde es bedauern, wenn solche Kräfte in Zukunft dem Eisenbahnwesen gänzlich entgehen sollten.“

Was also durch die neue Gesetzesvorlage erreicht werden soll, ist nichts anderes als die Consolidierung des Staatsbahnsystems, sodann aber auch die Zurückführung des gesammten Eisenbahnwesens auf den seiner Natur inhärierenden Charakter öffentlicher Verkehrsanstalten. Dieser schien in letzter Zeit in der Auffassung der Eisenbahnen als reiner Erwerbsgesellschaften vollständig. Der Vicepräsident des Staatsministeriums bemerkte diesbezüglich: „Seit einer Reihe von Jahren gingen wir der Gefahr entgegen, daß die Bedeutung der Eisenbahnen im öffentlichen Verkehrsinteresse nicht mehr die gehörige Beachtung fand. Wenn die Privatbahnen die Richtung einschlagen, daß sie bloß industrielle Erwerbsgesellschaften sind, dann fort mit ihnen! Diese Richtung können wir für die Eisenbahnen nicht acceptieren. Für den Bau der Eisenbahnen setzt ja der Staat seine Macht ein, indem er ihnen das Expropriationsrecht einräumt; für den Betrieb der Eisenbahnen muß ja der Staat vielfach seine Autorität eintreten lassen, und es darf nie und nimmermehr vergessen werden, daß die Eisenbahnen zwar eine Rente abwerfen dürfen, daß sie aber vor allem dazu bestimmt sind, öffentlichen Interessen zu dienen. Diesen Satz müssen wir jetzt wiederum zur öffentlichen Erkenntnis bringen, und wie bereits vom Handelsminister ausgeführt wurde, ist die preussische Regierung schon seit mehreren Jahren auf dem Wege, dem Lande, soviel an ihr liegt, zu dieser Erkenntnis zu verhelfen.“

Die Gegner der Regierungsvorlage machten dagegen vor allem geltend, daß hierzu das Oberaufsichtsrecht des Staates, beziehungsweise des Reiches ausreiche. Mit Recht wurde aber dagegen hervorgehoben, daß das Aufsichtsrecht nicht selten zur bloßen Chimäre herabsinke, wenn es aber ernstlich seinem vollen Inhalte nach geltend gemacht werden wollte, die Rechte des Eigenthums an Bahnen geradezu absorbieren müßte. So hätten schon einzelne Mitglieder der großen Enquete-commission des Jahres 1874 erklärt: „Die Verkehrsinteressen erheischen immer gebieterischer, daß gleichzeitig mit dem einheitlichen Tarifsystem eine gemeinschaftliche Grundlage für die Höhe der Tarifsätze zur Einführung gelange, daß überhaupt die deutschen Eisenbahnen, dem Charakter der öffentlichen Transportanstalt entsprechend, auf allen Gebieten nach gleichen Normen und als einheitliches Netz verwaltet werden. Bei dem heutigen Bestande der deutschen Bahnen lasse sich diese Forderung nicht durchführen, ohne berechnete Privatinteressen erheblich zu schädigen; es erscheine deshalb als zwingendes Bedürfnis der Verkehrs- und allgemeinen Wirtschaftsinteressen, daß die Herstellung eines einheitlichen, über ganz Deutschland sich erstreckenden Reichseisenbahnnetzes herbeigeführt werde.“

Der letzte Gesichtspunkt endlich, der zur Vertheidigung der Regierungsvorlage, wenn auch nicht von Seite der Ministerbank, in's Treffen geführt wurde, war mehr internationaler Natur und bestand in der Forderung einer „deutschen Eisenbahnpolitik.“ Abgeordneter Hamacher bemerkte unter anderem: „Die Eisenbahnpolitik ist es, welche die Zukunft unseres Landes beherrscht; von ihr hängt die Concurrenzfähigkeit Deutschlands auf dem Weltmarkt ab, und gerade Deutschland, das seine Rohmaterialien weder an einem Punkte zusammen, noch wie England und Belgien in der Nähe des Meeres hat, ist auf eine glückliche Entwicklung der Eisenbahnfrage hingewiesen. Ich weiß sehr wol und gebe Herrn Richter darin vollkommen Recht, daß die Tarife sich nicht willkürlich regulieren lassen, daß die Concurrenz sie beeinflusst; aber überall gravitirt die Höhe der Tarife nach der Höhe der Anlagelosten, es kann nicht anders sein. Daraus folgt für mich, daß es unser ernstestes Bestreben sein muß, wie wir die günstigste Eisenbahnpolitik schon jetzt auf feste glückliche Grundlage zu bringen vermögen. Wir bedürfen der Etablierung einer strammen, durchschlagenden deutschen Eisenbahnverwaltung, namentlich fremden Staaten, Rußland, Oesterreich gegenüber ist der Einzelne viel zu schwach, um seine Verkehrsinteressen mit Erfolg vertreten zu können.“

Und daß diese Seite des deutschen Eisenbahnprojectes auch bereits im Auslande gewürdigt wird, beweisen die Auslassungen der englischen und französischen Presse. Erstere fassen mehr die wirtschaftliche Seite der Frage ins Auge, während man in Frankreich vor allem neue Kriegsgefahren fürchtet. So schreibt das Organ Gambetta's, die „Republique française“: „Die Verwendung der deutschen Eisenbahnen erforderte bisher nicht nur eine vorherige Uebereinstimmung der Regierungen unter einander, sondern auch zwischen diesen und den verschiedenen Eisenbahn-Gesellschaften. Darin lag eine schützende Garantie. Diese verschwindet, sobald sich alle Eisenbahnen des Bundes in den Händen des Herrn v. Bismarck befinden. Ein Druck des Telegraphen und ohne jede vorherige Mühe können die Truppen des Kaiserreiches von einem Ende zum anderen befördert und gegen die benachbarten Staaten geworfen werden. Eine solche Perspective beunruhigt mit Recht die öffentliche Meinung.“

## Die Wahlen in Dänemark.

Bekanntlich wurde die zweite Kammer des dänischen Reichstages unmittelbar nach dem Schluß desselben aufgelöst, weil sie die Regierungsentwürfe zur Verstärkung der Landesvertheidigung verworfen hatte und es wurden neue Wahlen zur zweiten Kammer angeschrieben. Diese sind nun soeben abgehalten worden und zwar mit einem Resultate, das alle Vorstellungen, welche man sich davon gemacht hatte, weit hinterläßt. Die Majorität der Opposition im Folkething (zweite Kammer) oder der vereinigten Linken, wie sie sich selbst nennt, bestand bisher aus etwa drei Fünfteln der Mitglieder, während sie doch häufig bei wichtigen Abstimmungen durch einige Mitglieder des Centrums verstärkt wurde. Nur in der Befestigungs-Angelegenheit war die Linke auf sich selbst angewiesen, und sie war hier gewöhnlich 56 Stimmen stark gegen 42 der Regierungspartei. Dies war immerhin eine Majorität, die zu achten war, zumal da sie durchaus feststand; allein es konnte doch immer mit Zug geltend gemacht werden, daß, wenn neue Wahlen vorgenommen würden, möglicherweise sieben bis acht Stimmen der Opposition verloren gehen und der Regierungspartei zugute kommen könnten.

Man wies auf die Adressen hin, die aus der Bevölkerung an den Reichstag gelangt waren, um ihn anzufordern, so viel wie möglich die für das Land so wichtigen Festungsanlagen zu fördern, und man meinte dabei, daß, wenn die Regierung jetzt einen Appell an das Volk richtete, dieses dann Männer in den Reichstag berufen würde, von denen es wissen könnte, daß sie alles für die Verstärkung des Landesvertheidigungswesens thun würden. Man vergaß bei diesem Calcul freilich, daß jene Adressen nur auf Anregung der Regierungspartei entstanden und nur von solchen unterschrieben seien, die es schon an und für sich mit jener Partei hielten. Die Kundgebungen, welche auf den zahlreichen Volksversammlungen gegen die weitgehenden Pläne der Regierung in der Befestigungsfrage stattgefunden hatten, überjah man oder hielt sie doch für sehr übertrieben. Von Seite der Regierung knüpfte man daher ganz entschiedene Hoffnungen an die abzuhaltenden Neuwahlen. Die Opposition ihrerseits that daselbst, und zwar mit größerem Recht, denn sie steht mit der Bevölkerung in einem viel innigeren und lebhafteren Contact, als die Anhänger der Regierung. Das Resultat der Wahlen aber war ein solches, wie es sicher niemand erwartet hatte, denn von den 102 Wahlkreisen des Landes erklärten sich 74 für die Opposition und nur 27 für die Regierung; auf der Förderung konnte noch keine Wahl abgehalten werden. Unter jenen 27 befinden sich auch noch verschiedene, die ziemlich zweifelhaft sind und jedenfalls nicht unbedingt der Regierung folgen würden.

## Stimmungsumschlag in Serbien.

Neuesten Berichten zufolge beginnt sich in Serbien bereits eine leise Reaction gegen den Krieg geltend zu machen. Sie und da tauchen bereits Friedensstimmen auf, die nicht ganz vereinzelt bleiben. So schreibt man unter anderem der „Politischen Correspondenz“ aus Belgrad den 1. d. M.:

Trotz der keineswegs noch eingestellten Rüstungen scheint doch zum mindesten im fürstlichen Konak hier die Lust allmählig zu schwinden, die von den Chauvinisten heißersehnte Action zu eröffnen. Der Fürst hat auch allen Grund zu diesem Einlenken in friedliche Bahnen. Die Pforte hat zwar nicht so viel Aufhebens mit ihren Rüstungen gemacht, wie dies hier der Fall war, dafür aber umso mehr in Wirklichkeit geleistet. Man hat hier endlich die Ueberzeugung gewonnen, daß Serbien von türkischen Truppen wie von einem eisernen Ring eingeschlossen ist. Die Türken stehen nicht bloß bei Niß in imponirender Stärke, auch bei Videgrad, gegenüber von Jastrebac und Raška, sowie bei Widdin sind ganz ansehnliche türkische Streitkräfte concentrirt. Man hat hier zwar keine exacten Ziffern, immerhin aber geht aus übereinstimmenden Meldungen mit ziemlicher Sicherheit hervor, daß an fünf strategischen Punkten mindestens 100- bis 120,000 Mann Türken, Nizams und Redifs, aufgestellt sind. Die serbische Miliz wäre schwerlich imstande, eine solche, größtentheils aus regulären Truppen bestehende Macht abzuwehren.

Dies macht es erklärlich, daß man hier bedeutend kleinlauter geworden ist, und in der vorigen Woche bereits sich zu einer Friedensmanifestation in Konstantinopel bestimmt gefunden hat. Die serbische Regierung nahm von den über die Kriegsabsichten Serbiens in Europa verbreiteten Nachrichten Veranlassung, um in einer an den diesseitigen Vertreter in Konstantinopel, Magazinović, gerichteten Note die nie wankende gemordene Loyalität Serbiens gegen den Sultan zu betonen und alle feindseligen Absichten in Abrede zu stellen. Der Minister des Aeußern, Raschid Pascha, welchem die Note vorgelesen wurde, gab sich mit dieser spontanen Manifestation sehr zufrieden, umso mehr als ihm gleichzeitig eröffnet wurde, daß die am 5. Mai fällige Note des serbischen Tributs mit 100,000 fl. dem Pascha in Widdin werde pünktlich ausgezahlt werden.

Angeichts dieses, wie es scheint, nothwendig gewordenen Umschwunges in Hof- und Regierungskreisen

fühlt man sich durch die fortgesetzte Kriegsbege der hiesigen Presse, welcher das Organ des Herrn Ristić, der „Istok“, voranleuchtet, außerordentlich beengt. Dieser Verhältnisse scheint man doch im künftigen Konflikt müde und überdrüssig zu sein. Der Fürst wünscht den Kriegsaufreizungen der Presse ein Ziel gesetzt zu sehen und lud hauptsächlich aus diesem Grunde Ristić, mit welchem er erst vor vierzehn Tagen die Verhandlungen abbrach, neuerlich ein, mit seinen Freunden H. Stefka und Gruić die Verhandlungen wegen Neubildung des Cabinets wieder aufzunehmen. Der Fürst scheint vor allem Gewicht darauf zu legen, die neue Regierung solle publicistisch abrufen, damit die öffentliche Meinung sich beruhige und die Geschäftswelt von dem auf ihr lastenden Druck befreit werde. Ristić und Gruić sprachen sich zum Fürsten unumwunden für eine neutrale Haltung aus, wiewol diese Neutralität die Bollandung der Rüstungen nicht aufhalten dürfe. Indessen ist es noch immer fraglich, ob diese Herren vor der öffentlichen Meinung ihre Gestinnungen werden loyal documentieren wollen, da die Popularitätseinbuße im eigenen Parteilager befürchten. Es bestehen deshalb noch immer Zweifel, daß es auch diesmal zur Bildung eines neuen Cabinets kommen könne. Uebrigens stehen die Chancen vorläufig für ein Cabinet Ristić-Gruić nicht ungünstig, da die Conservativen definitiv abgelehnt haben, die Erbschaft von Kaiserthum anzutreten.

Die Untersuchung in der unliebsamen Affaire vom 9. April (Demonstration vor dem österreichischen Generalconsulat) nimmt ihren Fortgang. Gegen die Rädelstrolcher, die ihre Theilnahme in Abrede stellten, traten drei Zeugen auf: zwei Studenten und ein Druckereibeamter. In der nächsten Woche dürften die Acten dem Stadtgerichte übergeben werden.

### Die Wehrkraft Montenegro's.

Im Hinblick auf die ganz unrichtigen Daten, welche in letzter Zeit über die montenegrinische Wehrkraft in der europäischen Presse in Umlauf sind, dürften authentischere Angaben in dieser Beziehung im gegenwärtigen Momente nicht unangebracht kommen.

Nach maßgeblichen Aufzeichnungen und Versicherungen kann Montenegro im äußersten Falle nicht mehr als 14—15,000 kriegstüchtiger Leute ins Feld stellen. Dies ist immerhin ein respectabler Prozentsatz der Wehrfähigen von einer Bevölkerung von 130,000 Seelen. In den früheren Kriegen überstieg die Zahl der männlichen Combatanten (man darf nicht vergessen, daß in Verteidigungskriegen auch die Weiber stets in großer Anzahl mitkämpfen) niemals die Ziffer von 11—12,000 Mann. Wol aber sind die Montenegriner zur Zeit viel besser organisiert und ausgerüstet, als dies je der Fall war. Die ganze montenegrinische Streitmacht ist in drei Corps getheilt, die von Serbars befehligt werden. Jede Nahija (District) wird von einem Capitän commandirt, der einen jährlichen Sold von 80 Gulden bezieht. Den Capitänen unterstehen die „Stoiniki“ (Offiziere), welche je 100 Mann befehligen, „Dessetniki“, die je 10 Mann anführen und die Fahnenträger „Barjaktari.“ Die Stoiniki erhalten 13, die Dessetniki und Barjaktari beziehen je einen Sold von 5 Gulden jährlich. Die drei Corps führen Artillerie, aber keine Cavallerie. Die Bewaffnung ist, wie bereits bemerkt, eine gute. An Waffen verfügt Montenegro über 40,000 Hinterlader und 32 gezogene Kanonen. Die Ausbildung der montenegrinischen Streitkräfte wurde von serbischen Offizieren besorgt, die zu diesem Behufe zwei Jahre in Cetinje weilten.

Von einer Concentrierung der montenegrinischen Volkswehr ist bis jetzt noch nicht die Rede gewesen. Fürst Nikica hat bloß angeordnet, daß die östliche Nahija Basojewić ihre Grenze gut überwache. Da hier innerhalb 6 Stunden 3—4000 Mann aufgeboden sein können, so kann dieser Grenzdistrict als besetzt betrachtet werden. Dagegen ist die Grenze nach dem Duga-Passe zu kaum von 300 Mann observiert. Diese Leute haben bisher die türkische Grenzfestung Nikić mit kleinen Quantitäten Proviant für sehr gute Bezahlung versehen.

Man spricht in Cetinje neuerlich davon, daß abermals mit der Pforte wegen einer Grenzrectification verhandelt werden solle. Bei der großen Empfindlichkeit jedoch, die man daselbst gegenüber solchen Nachrichten, auch wenn sie auf den solidesten Grundlagen saßen, an den Tag legt, sei diese Meldung wol nur mit Reserve gemacht.

### Die Schlacht bei Nikić.

Detaillirte und vor allem verlässliche Berichte über den Verlauf der Schlacht bei Nikić liegen zur Stunde zwar noch nicht vor, doch geht aus den kurzen, uns zur Verfügung stehenden Nachrichten wenigstens so viel hervor, daß die Verproviantierung der Festung Nikić trotz aller gegnerischen Ablehnung zum Theil doch gelungen ist. Gleich bei Beginn der Schlacht durchbrach Mulkhtar Pascha mit seiner Armee, an deren Spitze 5000 Armanen, eine wahre Elitetruppe, standen, das Centrum der Insurgenten, welches vom Corps des Lazar Solica gebildet wurde. Mit einem Verluste von 200 Mann reiterten die Scharen Solica's. Dies war das Signal, daß auch die beiden Flügel der Insurgentenaufstellung unter dem Commando der Brüder Peto und Peter Pavlović zurückgedrückt wurden. Mittlerweile gingen acht

türkische Bataillone, welche die Escorte des Proviantzuges bildeten, vor und reichten der ausgefallenen Garnison von Nikić die Hand.

Auf diese Weise wurde der Proviant in die genannte Festung geschafft, welcher angeblich nicht für länger als 14 Tage ausreichen dürfte. Mulkhtar Pascha verließ aber (angeblich) gar nicht den Ausgang des Duga-Passes, und zwar aus Rücksicht auf seinen Rückzug und verschanzte sich daselbst. Am 29. wurde er von den Insurgenten angegriffen, schlug jedoch den Angriff glänzend ab. Erst Sonntag den 30., nachdem die Insurgenten 5000 Mann Verstärkungen, darunter 700 Kriposianer, an sich gezogen hatten, wurde Mulkhtar abermals angegriffen, und nachdem die Insurgenten unter seinen Truppen ein Blutbad angerichtet haben, zum Rückzuge nach Gacko gezwungen.

Die Insurgenten verloren in diesen Kämpfen 400 Tode und 800 Verwundete. Die türkischen Dispositionen und die Haltung der türkischen Truppen wird selbst von den Insurgenten als gut bezeichnet. Mulkhtar Pascha wurde am 2. d. in Trebinje erwartet.

## Politische Uebersicht.

Laibach, 5. Mai.

Die ungarische Regierung beabsichtigt, die Hauptprincipien der Ausgleichsrevision noch in diesem Monate dem ungarischen Reichstage zur Genehmigung vorzulegen und die Ermächtigung sich zu erbitten, die Gesetzentwürfe auf dieser Grundlage auszuarbeiten. Da letztere für beide Reichshälften nicht nur dem Inhalte, sondern auch dem Wortlaute nach identisch sein sollen und die bisherigen Beschlüsse bloß principielle Natur sind, so werden noch Beratungen zwischen den beiderseitigen Regierungen stattfinden müssen. Zur Durchführung der Detailarbeiten sind abermals gemeinsame Conferenzen in Aussicht genommen. Insbesondere dürfte Finanzminister Szell bald wieder nach Wien kommen, um die endgiltigen Stipulationen in der Bankfrage zu vereinbaren.

Mehrere deutsche Blätter brachten die Meldung, die sächsische Regierung beabsichtige, die sächsischen Privatbahnen anzukaufen. Die „Dresdner Presse“ schreibt hierüber: „Die von verschiedenen Blättern gebrachten Mittheilungen bezüglich der Absicht der königlichen Regierung, sämmtliche sächsischen Privatbahnen anzukaufen, können wir auf Grund authentischer Nachrichten bestätigen. Die königliche Regierung läßt gegenwärtig durch Commissäre des Finanzministeriums die gesammten sächsischen Privatbahnen bereisen und zum Behufe einer früher oder später in Frage kommenden Erwerbung für den Staat abschätzen.“

Der „Bien Public“ meldet als gewiß, daß der französische Marineminister bereits Befehl gegeben habe, die Transportschiffe „Voire“ und „Friedland“ auszurüsten, damit sie die politischen Verurtheilten, deren Begnadigung durch den Präsidenten der Republik bevorsteht, von Neu-Caledonien abholen. General Cluseret ist bei dem Präsidenten um Begnadigung eingekommen.

Das amtliche Blatt veröffentlicht ferner folgende telegraphische Depesche, welche der Regierung von dem Generalgouverneur von Algerien am 29. v. M. zugegangen ist: „Dank den vorzüglichen, von dem General Carteret getroffenen Maßregeln, seiner Umsticht und seiner Energie ist der Aufstand der Bu-Azid ohne irgendwelche neue Verluste auf unserer Seite gänzlich bewältigt. Alle haben sich unterworfen. Der Marabut Ahmed-ben-Nech und die Scheichs der vier Gruppen des Stammes sind gefangen. Die hervorragendsten Persönlichkeiten weilen als Geiseln im Lager. Die Räumung von El-Amri hat begonnen, jede der Abtheilungen bezieht einen ihr angewiesenen Lagerplatz, wo sie unter Aufsicht und dem Befehle der Truppen bleiben wird, bis endgiltige Anordnungen getroffen sind. Alle Herden sind ausgeliefert und abgezählt und die Haltung der umwohnenden Stämme sowol als die erfreulichen Nachrichten, die mir von allen Seiten zugehen, können als unumstößlicher Beweis gelten, daß die Empörung der Bu-Azid eine ganz vereinzelte Thatsache ist. Der Generalgouverneur von Algerien: General Chanzy.“

Das Cabinet Disraeli hat eine schwere Woche durchzumachen. Es wurde bereits gemeldet, daß die Fassung der Proclamation der Kaiserin-Königin im Oberhause zum Gegenstand einer Interpellation gemacht wurde; der Kampf wird aber auch im Unterhause entbrennen. In der Sitzung vom letzten Montag kündigte Sir H. James, der Ex-Attorney-General, unter dem Beifalle des Hauses an, er werde in nächster Sitzung den Kanzler des Schatzamtes befragen, ob er am 21sten März nicht erklärte, daß seitens der Räte der Königin nicht beabsichtigt werde, Ihrer Majestät den Rath zu ertheilen, den Titel „Kaiserin“ in England anzunehmen, sondern daß der Titel ein lokaler, auf Indien beschränkter sein solle; ob ferner seinem Ermessen nach die Proclamation den Titel Kaiserin so begrenze, daß er nicht in England gebraucht werden könne, und ob die Proclamation den Titel zu einem lokalen, das heißt nur für Indien bestimmten mache? Die Debatte dürfte in beiden Häusern eine erregte werden.

Der Präsident Grant sendete an den Congreß eine Botschaft, in welcher er beide Häuser einladet, der

Eröffnung der Weltausstellung in Philadelphia beizuwohnen. Der Botschaft ist ein Bericht der Ausstellungs-Commission beigegeben, welcher mittheilt, daß die Vorbereitungen zur Ausstellung beendet sind.

## Tagesneuigkeiten.

— (Kaiserliche Munificenz.) Anlässlich der von Sr. Majestät dem Kaiser im April v. J. unternommenen Reise in Dalmatien bemerkte das wohlwollende Auge des Monarchen, daß viele Gemälde von mehr oder minder hohem Kunstwerthe in den dortigen Kirchen schadhast seien und einer bringenden Wiederherstellung bedürfen. Infolge dessen geruhten Sr. Majestät aus Allerhöchster persönlicher Antriebe und in angekommener fürsorglicher Munificenz dem Oberstkämmerer H. M. Grafen Trenkville zu befehlen, hierüber mit dem Statthalter das Einvernehmen zu pflegen und sodann erschöpfenden Vortrag zu erstatten. Nachdem nunmehr die Sache so weit gediehen ist, daß die Auswahl und Restaurierung der Bilder in Angriff genommen werden kann, wurde mit Beginn der besseren Jahreszeit vom Herrn Oberstkämmerer der Eufos der Gemäldegallerie und Vorstand der Restaurierschule Sr. Majestät, Karl Schellein, nach Dalmatien abgeseendet, um die nöthigen Einleitungen zu treffen, und werden sofort die ausgewählten Kunstwerke nach Wien geschafft werden, um sie mit Hilfe der k. k. Restaurierschule der Wiederherstellung zu unterziehen.

— (Das Diadem der Königin Maria Antoinette.) Bei Gelegenheit mehrerer im stuhlweissenburger Theater vom Grafen Eugen Zichy arrangierten Vorstellungen für das Denkmal, für die durch Ueberschwemmung Beschädigten und den dortigen Frauenverein trug die Gräfin Eugen Zichy das kostbare Diadem, welches einst Eigenthum der unglücklichen Königin Maria Antoinette gewesen ist.

— (Kladrub.) Die in auswärtigen Blättern aufgetauchte Nachricht von der bevorstehenden Auflösung des k. k. Hofgärtlins in Kladrub ist durchaus irthümlich.

— (In Braunschweig) wurde Prof. Dito im Laboratorium des Polytechnikums, mit schweren Kopfwunden bedeckt, aufgefunden; der Verdacht des Mordversuches fiel auf des Professors Diener; dieser wurde eingezogen, hat sich aber im Gefängnisse erhängt.

— (Classisch.) Die „Berliner Montagszeitung“ bringt folgende classische Aussprüche nicht classischer Autoren: In der Nacht kam alles an den Tag. — Der Todte schreibt sich Guber. — Im Felde lagen Verwundete und Todte, die um Hilfe riefen. — Sie senkte das niedliche Köpchen und schaute in die Abendwolken empor. — Das Comité vertheilte 20 Paar Schuhe, womit manche Thräne getrocknet wurde. — Die Kugel traf ihn, durchbohrte seine Brust, zerstückelte den Rückenwirbel und rief ein Loch in seinen Rock. — Obgleich ein Arzt sofort zur Stelle war, der Tod doch bereits eingetroffen.

— (In vino veritas.) Ein berliner Blatt erzählt folgende Anekdote: Einer unserer deutschen Theater-Directoren, der mehr mit Eile und Schnelldraß, als mit den alten classischen Sprachen sich beschäftigt hat, gerieth mit einem berühmten Gaste aus Wien, der etwas angeheitert war, in einen heftigen Streit, der damit endete, daß der Director unter der nicht gerade schmeichelhaften Bezeichnung: „alter Esel“ zur Bühnenthür hinausjagte. Am nächsten Morgen fand nicht der Director — der ist dazu zu harmlos — sondern der Gast, daß er beleidigt worden sei, und erklärte, nicht eher spielen zu wollen, als bis der Director sich entschuldigt hätte. Resignirt setzt sich der arme Director hin und schreibt dem Gaste einen be- und wehmüthigen Brief, in welchem er wörtlich sagt: „Ich bebaure den ganzen Vorfall; Sie haben mich einen „alten Esel“ genannt; ich verzeihe Ihnen, denn Sie waren angeheitert und die alten Lateiner sagten schon: „in vino veritas.“ Daß der Gast diesem Appell gegenüber nicht hartherzig war, versteht sich von selbst.

— (Auseruropäische Universitäten.) Ueber das Project bezüglich der neuen Universität in Sibirien berichtet der „Sibir“, daß die Professoren-Gehalte der neuen Universität anderthalbmal größer als die an den übrigen russischen Hochschulen gebräuchlichen sein sollen. An Candidaten für die Lehrstühle wird demnach voraussichtlich kein Mangel herrschen. Aller Wahrscheinlichkeit nach werden sich viele junge Gelehrte, die aus Sibirien gebürtig sind, melden. — Am 5. d. hat die neue Universität in Adelaide (Süd-Australien) den ersten Jahrestag ihrer Eröffnung gefeiert. Die Zahl der Studenten ist eine sehr bescheidene; sie beträgt 11, darunter 7 Damen.

## Lokales.

— (Ihre Majestäten der König und die Königin von Griechenland) sammt königlicher Familie und einem Hofstaate von 20 Personen haben gestern morgens auf ihrer Reise nach Wien mittelst Subbaha die Station Laibach passiert.

— (Ministerialrath Dr. Lorenz,) dessen bevorstehende Ankauf in Laibach in Angelegenheit der Errichtung einer Landes-Ackerbauschule in Unterkrain wir bereits neulich notificirten, ist gestern hier eingetroffen.

— (Auszeichnung.) Vorgestern haben die Beamten des k. k. Rechnungsdepartements der grazer Statthalterei dem als langjährigen Präses der Prüfungscommission für Candidaten der Staatsrechnungswissenschaften auch in Krain sehr wohl bekannten Statthalterrath: Josef Calasanz Lichtnegel, welcher in den Ruhestand tritt, als Zeichen ihrer Verehrung eine vom Rechnungspräsidenten Herrn Raimund Schrey verfaßte und im Atelier des Herrn Wilhelm Sabia angefertigte, geschmackvoll ausgestattete, auch auf das literarische Wirken des Jubilar bezugnehmende Adresse überreicht.

— (Zur Einführung neuer Lehrbücher.) Der Herr Minister für Cultus und Unterricht hat die Wirksam-

feit des Erlasses vom 11. Juli 1875, betreffend den Gebrauch von Lehrtexten beim Unterrichte in den Volks- und Bürgerschulen, auch auf das Jahr 1876/77 ausgedehnt und hiebei angeordnet, daß jeder Wechsel der Lehr- und Lesebücher derzeit möglichst zu vermeiden ist.

(Bildungscurs für Arbeitslehrerinnen) Der Herr Minister für Cultus und Unterricht hat die Errichtung eines Bildungscurses für Arbeitslehrerinnen an der Mädchenschule zu Tolmeins mit Beginn des Schuljahres 1876/77 genehmigt.

(Laibacher Turnverein.) Seit einiger Zeit macht sich im laibacher Turnvereine eine sehr erfreuliche Regsamkeit bemerkbar, von der nur zu wünschen bleibt, daß sie nicht ins Abnehmen gerathe, sondern womöglich immer weitere Kreise erfasse.

Sein Hauptaugenmerk wendet der Verein der Förderung des Jugendturnens zu. An den drei Mädchenturnstunden betheiligen sich gegenwärtig bereits 29 Mädchen und es laufen noch fortwährend Anmeldungen hiezu ein.

(Eccamoteur „Professor“ Bourry) veranstaltete vorgestern abends im Speisefalon des Hotels „zur Stadt Wien“ seinen ersten Productionsabend.

(Tod durch übermäßigen Branntweingenuß.) Der 30jährige Ignaz Pirz aus Morawitz, Zoll-einnehmer auf der Wienerstraße, nahm gestern ein so übermäßiges Quantum Branntwein zu sich, daß er auf der Straße liegen blieb.

(Zur Warnung.) In Steiermark ist kürzlich ein Schüler der dritten Klasse eines Realgymnasiums unter Symptomen einer acuten Vergiftung erkrankt.

(Die Ausgrabungen am Zollesfelde) in Rärten, von denen wir jüngst berichteten, werden mit viel Eifer

und durch Glück betrieben; es wird bereits das dritte Zimmer bloßgelegt und sind die Arbeiten bis jetzt recht gut geleitet worden.

(Maikäfer als Düngemittel.) Da wir heuer bekanntlich wieder ein sogenanntes „Maikäferjahr“ haben, (das Insect braucht durchschnittlich vier Jahre, um sich vom Engerling zum fertigen Käfer um- und anzubilden), so ist es nicht überflüssig, daran zu erinnern, daß Maikäfer einen vortrefflichen fetten Dünger geben.

Oeffentlicher Dank.

Der hochwohlgeborne p. t. Herr Bohuslav Ritter von Widmann, k. k. Landespräsident in Krain, hat dem gefertigten Vereine zur Aufhebung der Vereinskasse einen Beitrag von 15 fl. österr. W. im Wege des Herrn k. k. Bezirkshauptmannes Klanciz in Stein gütlich zukommen lassen.

J. Keckl, Ehrenpräsident. J. Riedl, Vorstand.

Wichtig für Viele!

In allen Branchen, insbesondere aber bei Bezug der allgemein beliebten Original-Lose rechtfertigt sich das Vertrauen einerseits durch anerkannte Solidität der Firma, andererseits durch den sich hieraus ergebenden enormen Absatz.

Durch ihre Pünktlichkeit und Reellität bekannt, wird die Firma Valentin & Co. in Hamburg jedermann besonders und angelegentlich empfohlen.

Wir machen hierdurch auf die im heutigen Blatte stehende Annonce der Herren Kaufmann & Simon in Hamburg besonders aufmerksam. Es handelt sich hier um Originallose zu einer so reichlich mit Hauptgewinnen ausgestatteten Verlosung, daß sich auch in unserer Gegend eine sehr lebhaftige Betheiligung vorzusagen läßt.

Neueste Post.

(Original-Telegramm der „Laib. Zeitung.“) Wien, 6. Mai. Die heutige „Wiener Zeitung“ veröffentlicht ein kaiserliches Handschreiben an den Grafen Andrássy und die beiden Ministerpräsidenten, wodurch die Einberufung der Delegationen auf den 15. April nach Budapest angeordnet wird.

Belgrad, 5. Mai. Das neue Cabinet ist gebildet: Stewca Präsident und Außenminister; Niksic Außenminister, Vicepräsident; Mitlojkovic Inneres, Gruic Justiz, Jovanovic Finanzen, Tichomir Nikolic Krieg, Dlinhna Wassiljewic Cultus.

Triest, 4. April. Der gestern hier angekommene montenegrinische Senator Plamenac ist nach Wien abgereist. Die Fürstin von Montenegro nebst Familie nimmt ihren Aufenthalt in Cattaro.

Ragusa, 4. Mai. Diefige Correspondenzen pan-slavistischer Organe haben die Nachricht verbreitet, daß in Montenegro das allgemeine Aufgebot angeordnet worden wäre. Diese Nachricht ist falsch und dadurch entstanden, daß Montenegro zur Zeit der Kämpfe bei Niksic drei Bataillone zum Schutze der Grenze einberufen und bei Grahowo concentrirt hatte.

Telegraphischer Wechselkurs

Papier = Rente 65.80. — Silber = Rente 69.50. — 1860er Staats-Anlehen 110.—. — Bank-Actien 869.—. — Credit-Actien 138.10. — London 120.10. — Silber 103.—. — R. I. Münz-Ducaten 5.70. — Napoleonsd'or 9.56. — 100 Reichsmark 59.10.

Handel und Volkswirtschaftliches.

Monatsausweis der Nationalbank. Activa: Metallschatz 136.597,307 fl., in Metall zahlbare Wechsel 11.422,683 fl., escomptierte Wechsel und Effecten 107.253,709 fl., Darlehen gegen Handpfaud 30.138,000 fl., Staatsnoten, welche der Bank gehören, 1.358,024 fl., Darlehen an den Staat für die Dauer des Bank-Privilegiums 80.000,000 fl.

Verstorbene.

Den 28. April. Maria Jurs, Maschinführers-Kind, 1 J 8 Mon., St. Petersdorf Nr. 138, Lungenlähmung. — Anton Gesar, Sträßling, 29 J., Inquisitionshaus, Lungentuberculose. Den 29 April. Jakob Keber, Inwohner, 74 Jahre, Civilspital, Altersschwäche. — Philipp Spindler, Maurers-Kind, 1/2 Stunde, Stadt Nr. 184, Schwäche infolge Frühgeburt.

Im k. k. Garnisonsspital

am 15. April. Philipp Figgio, Jäger des I. k. 7. Feldjäger-Bataillons, Lungentuberculose.

Angekommene Fremde.

Am 5. Mai. Hotel Stadt Wien. Wechsel, Kfm., Vinz. — Leder, Kfm., München. — Hoch, Kfm., und Dr. Lorenz, k. k. Ministerialrath, Wien. — Lufanz, k. k. pens. Finanzrath, Graz. — Stern, Klagenfurt.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Table with columns: Zeit der Beobachtung, Barometerstand in Millimetern auf 0° C. reducirt, Lufttemperatur nach Celsius, Wind, Anzahl der Schmelze, Niederschlag binnen 24 St. in Millimetern. Data for May 7, 8, 9.

Morgens leicht bewölkt, vormittags fast heiter, Sonnenschein, nachmittags trübe, abends dümm Regen, intensives Abendroth, ganz bewölkt, in der Nacht Regen. Das Tagesmittel der Wärme + 13.3°, um 1.4° über dem Normale.

Verantwortlicher Redacteur: Ottomar Bamberg.

Börsenbericht.

Wien, 4. Mai. Der Rechnungsabschluss der Elisabeth-Bahn wurde ungünstig beurtheilt und die Speculation war auch — abgesehen hievon — geneigt, sich durch Perspectives, welche mit den finanziellen Angelegenheiten nicht in directer Verbindung sind, ins Hochhorn jagen zu lassen.

Table with columns: Mai, Februar, Jänner, April, Lose, Domänen-Pfandbriefe, Prämienanlehen der Stadt Wien, Böhmien, Galizien, Siebenbürgen, Ungarn, Donau-Regulierungs-Lose, Ung. Eisenbahn-Anl., Ung. Prämien-Anl., Wiener Communal-Anlehen.

Table with columns: Creditanstalt, Creditanstalt, ungar., Depositenbank, Escomptenbank, Franco-Bank, Handelsbank, Nationalbank, Oesterr. Bankgesellschaft, Unionbank, Verkehrsbank, Actien von Transport-Unternehmungen, Alsbld-Bahn, Karl-Ludwig-Bahn, Donau-Dampfschiff-Gesellschaft, Elisabeth-Bahn, Elisabeth-Bahn (Linz-Budweiser Strade), Ferdinand-Nordbahn, Franz-Joseph-Bahn, Lemb.-Cern.-Jassy-Bahn, Lloyd-Gesellsch., Oesterr. Nordwestbahn.

Table with columns: Rudolf-Bahn, Staatsbahn, Südbahn, Theiß-Bahn, Ungarische Nordbahn, Ungarische Ostbahn, Tramway-Gesellschaft, Bausgesellschaften, Allg. österr. Bausgesellschaft, Wiener Bausgesellschaft, Pfandbriefe, Allg. österr. Bodencredit, Nationalbank ö. W., Ung. Bodencredit, Prioritäten, Elisabeth-B. 1. Em., Ferd.-Nordb.-B., Franz-Joseph-B., Gal. Karl-Ludwig-B., 1. Em., Oesterr. Nordwest-B.

Table with columns: Siebenbürger, Staatsbahn, Südbahn A 5%, Südbahn, Bona, Ung. Ostbahn, Privatlose, Credit-L., Rudolf-L., Wechsel, Augsburg, Frankfurt, Hamburg, London, Paris, Geldsorten, Ducaten, Napoleonsd'or, Preuß. Kassenscheine, Silber, Krainische Grundbesitzungs-Obigationen, Privatnotierung.

Table with columns: Actien von Banken, Anglo-Bank, Bankverein, Bodencreditanstalt.